

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis gemäß § 27 Waffengesetz (WaffG)

Name des Vereins		Datum
Name des Beauftragten des Vereins		
PLZ/Wohnort	Straße, Hausnummer	Telefon

Geschäftsführender Vorstand laut Vereinssatzung

Bezeichnung	Name	Anschrift	Geb. - Datum

Sollten weitere Personen dem geschäftsführenden Vorstand angehören, bitte diese auf einem gesonderten Blatt aufführen und als Anlage dem Antrag beifügen.

Bezeichnung der Veranstaltung		
Genauere Bezeichnung des Veranstaltungsortes		
Veranstaltungsdatum und Uhrzeit	von	bis

Im Rahmen der oben näher bezeichneten Veranstaltung ist beabsichtigt,

- ein Vogelschießen gem. beiliegendem Gutachten durchzuführen.
- einen Schießstand gem. beiliegendem Gutachten zu errichten.
- _____

Verantwortliche Aufsichten sind:

Name	Anschrift	Geb. - Datum	Art des Sachkundenachweises (z. B. Jägerprüfung)

Sollten weitere Personen die Aufsicht ausüben/wahrnehmen, bitte diese auf einem gesonderten Blatt aufführen und als Anlage dem Antrag beifügen.

Es ist eine Versicherung gegen Haftpflicht für aus den Betrieb der Schießstätte resultierende Schädigungen in Höhe von mindestens 1 Millionen € – pauschal für Personen- und Sachschäden – sowie gegen Unfall für aus dem Betrieb der Schießstätte resultierende Schädigungen von bei der Organisation des Schießbetriebs mitwirkenden Personen in Höhe von mindestens 10.000 € für den Todesfall und 100.000 € für den Invaliditätsfall abzuschließen (§ 27 Abs. 1 WaffG). Ein Nachweis hierüber ist diesem Antrag beizufügen.

Mir ist bekannt, dass bau-, -immissions, - sprengstoffrechtliche Genehmigungen etc. von dieser Erlaubnis nicht umfasst sind und ggf. gesondert zu beantragen sind. Durch meine Unterschrift bestätige ich die Vollständigkeit und Richtigkeit der von mir in diesem Antrag gemachten Angaben.

Es wird hiermit um Erteilung der Erlaubnis zur Durchführung der geplanten Veranstaltung gebeten.

Ich bitte, die Erlaubnis zu übersenden an:

Name, Vorname
Wohnort, Straße, Hausnummer

Die o.g. Person wird nach § 79 LVwG bevollmächtigt. Die Entscheidung ist gegenüber der benannten Person bekanntzugeben.

Anlagen:

- Versicherungsnachweis**
- Sachverständigengutachten**
- Sachkundenachweise der Aufsichts**

Datenschutzhinweise nach Art. 13 DSGVO

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist der Kreis Ostholstein, Der Landrat, Fachdienst Bauordnung, Lübecker Str. 41, 23701 Eutin, E-Mail: info@kreis-oh.de, Tel.: 04521-788-0. Den behördlichen Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter der Anschrift 23701 Eutin, Lübecker Str. 41, E-Mail: BDSB@kreis-oh.de. Die von Ihnen erhobenen Daten werden verwendet, um das von ihnen beantragte bauaufsichtliche Zulassungsverfahren durchführen zu können. Rechtsgrundlagen sind § 3 I LDSG i. V. m. § 43 WaffG. Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nach § 43 WaffG und zwar an Waffenbehörden, Polizeidienststellen, Registerbehörden und örtliche Ordnungsbehörden sowie ggf. an Sachverständige.

Weitergehende datenschutzrechtliche Hinweise finden Sie unter dem Link www.kreis-ostholstein.de/Datenschutz oder erhalten Sie von Ihrem/Ihrer für Sie zuständigen Sachbearbeiter/in.

Unterschrift Antragssteller

**Erklärung der verantwortlichen Person (Aufsichtsperson) gemäß §
10 Abs. 2 Satz 3 WaffG**

Der oben genannte Verein hat mich als verantwortliche Person für das Betreiben der oben genannten Schießstätte benannt. Meine diesbezüglichen Pflichten, die sich insbesondere aus § 27 WaffG i. V. m. Abschnitt 4 „Benutzung von Schießstätten“ der AWaffV und den Schießstandrichtlinien des Bundesministerium des Innern ergeben, sind mir bekannt.

Mir ist bekannt, dass die zuständige Behörde im Rahmen dieser Benennung meine Zuverlässigkeit und persönliche Eignung prüft. Im Rahmen dieser Prüfung wird eine unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister eingeholt, die auch Eintragungen (insbesondere Strafen) enthalten kann, die in einem Führungszeugnis nicht aufgeführt werden. Außerdem werden eine unbeschränkte Auskunft aus dem Erziehungsregister, eine Auskunft aus dem zentralen staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister und dem Einwohnermelderegister der Wohngemeinde sowie eine Stellungnahme der örtlichen Polizeidienststelle eingeholt.

Ich bin damit einverstanden, dass die zuständige Behörde dem oben genannten Verein Mitteilung von Tatsachen macht, die die Annahme rechtfertigen, dass ich die erforderliche Zuverlässigkeit und persönliche Eignung nicht besitze, Ich habe jederzeit die Möglichkeit, diese Erklärung der zuständigen Behörden gegenüber schriftlich zu widerrufen. Vom Zeitpunkt des Eingangs dieser Erklärung an wird von der zuständigen Behörde von der o. a. Einverständniserklärung kein Gebrauch mehr gemacht. Dem Verein wird in diesem Fall von der zuständigen Behörde nur mitgeteilt, dass die Erklärung widerrufen wurde.

Durch meine Unterschrift bestätige ich die Vollständigkeit und Richtigkeit der von mir in diesem gemachten Anhaben.

Ort, Datum

Unterschrift (Aufsicht)

Ort, Datum

Unterschrift (Aufsicht)

Ort, Datum

Unterschrift (Aufsicht)

Ort, Datum

Unterschrift (Aufsicht)

Ort, Datum

Unterschrift (Aufsicht)